Tammam, Hossam: The Muslim Brotherhood and the Egyptian Regime: The Test of Parliamentary Elections as a Condition for Political Transition, in „Arab Reform Initiative“ 38/April 2010.

Bei Gegenüberstellung mit Michelle Dunnes Aufsatz vor zwei Jahren[1] kommt Hossam Tammam zu einem weiterführenden Urteil über die Beziehungen des ägyptischen Politikregimes zur Moslembruderschaft im Lande. Zeigte sich die US-amerikanische Autorin davon überzeugt, dass die „Ǧama’a islamiyeh“ weit davon entfernt sei, eine ernsthafte Herausforderung für den Staatspräsidenten und seine Nationaldemokratische Partei darzustellen, so zieht der ägyptische Spezialist für islamische Bewegungen das Fazit, dass die Regierung und die Sicherheitskräfte aus Sorge vor der weiteren Verankerung der Moslembruderschaft in der Bevölkerung versucht sein könnten, sie bei den bevorstehenden Parlamentswahlen dadurch auszuschalten, dass sie ihre Führung in die Abseitsposition der Gesetzesuntreue abdrängen.

Nachdem die Organisation mit mehr Stimmengewinnen als alle anderen Oppositionsparteien zusammen aus den letzten Wahlen 2005 hervorging und nicht weniger als 88 der 450 Sitze im Unterhaus einnimmt – obwohl sie nur als „Unabhängige“ auftreten konnten und erheblichen Repressionen ausgesetzt waren –, würden nach Auffassung Tammams gegenwärtig zunächst alle Anzeichen auf ihren völligen Ausschluss als dem politischen Leben hindeuten, weil von Seiten des Staates erwartet würde, dass die Moslembruderschaft ansonsten Wege finden würde, sich in das politische Regime einzufügen – fürwahr eine paradoxe Konsequenz, zu der sich die Regierung veranlasst sehen könnte. Dabei spart auch der Autor nicht mit kritischen Diagnosen, wenn er zwei Strömungen in der Moslembruderschaft ausmacht:

– auf der öffentlichen Ebene die reformerischen Kräften, bestehend aus Studenten, Gewerkschaftern und politischen Aktionen und

– auf der anderen Seite die Organisationsstruktur aus Konservativen, die „die Strippen zieht“.

Während die für Veränderungen offenen Moslembrüder Anschluss an politische Organisationen und soziale Bewegungen suchen und sich von

der Gewalt als Mittel des angestrebten Wandels distanzieren, sei es den „Falken“ gelungen, bei den internen Wahlen im Dezember 2009 die Reformer mit Abdel Moneim Aboul und Mohammed Habib aus dem Leitungsbüro zu verdrängen[2] und programmatisch darauf zu bestehen, dass weder Frauen noch Kopten für das Amt des Staatspräsidenten in Frage kommen können. Gleichzeitig jedoch erheben sie keine generellen Einwände, sollte die Organisation den Weg in eine offiziell anerkannte politische Partei einschlagen.

Trotz der rivalisierenden Interaktionen im Innern gehört die Zukunft nach Auffassung Tammams den Reformkräften. Die Zeit der staatlichen Repressionen und der Behinderungen sei abgelaufen. Denn ihre Fortsetzung wäre nur um den Preis weiterer Image-Verluste des Staatsapparats in der Öffentlichkeit zu haben, nachdem es der „Ǧama’a islamiyeh“ gelungen ist, mittels intensiver Medienarbeit zu einer öffentlich sichtbaren und sozial starken Organisation und sowie zur führenden politischen Opposition heranzuwachsen. Die Alternative wäre der Rückfall in den Radikalismus. So hat die Moslembruderschaft ihren Aufstieg seit 2004 deshalb auch ihrem Verzicht auf Machtdemonstrationen zu verdanken, als sie auf den Straßen populistisch-agitatorische Präsenz zeigte und auch gewaltbereite Mittel nicht ausschließen wollte. Darüber hinaus verweist Tammam darauf, dass seit damals die internationale Einstellung gegenüber islamischen Parteien Veränderungen unterworfen sei und stärker als früher nach Reformen im Nahen Osten verlange[3], womit die Ablehnung islamischer Bewegungen nachgelassen und die Idee an Kraft gewonnen habe, dass sie stärker in das politische System ihrer Länder integriert werden sollten.

Schon in den 1990er Jahren wurden die verbrauchten Instrumente der Repression zur Aufrechterhaltung der politischen Macht beanstandet, ohne dass die Sicherheitskräfte jüngst darauf verzichtet hätten, erneut eine Verhaftungswelle in Gang zu setzen. Dennoch ist für den Autor die evolutionäre Route der ägyptischen Moslembruderschaft trotz interner Differenzen und äußerer Herrschaftsinteressen vorgezeichnet. So kommt er zum Abschluss seiner Analyse zu folgender Prognose: „Viel Wasser ist unter den Brücken in Gestalt von Fortschritten vorübergeflossen, die die politische Praxis der Bewegung ausmachen und die Idee vollständig ausschließen, die Gewinne der Organisation zu vergeuden, selbst wenn

die konservative Strömung die Zügel der Organisation weiter in den Händen hält.“ Nach dem zumindest vorläufigen Scheitern des Experiments im Iran könnte Ägypten – wenn auch unter eigenen gesellschaftlichen Bedingungen – zum zweiten Versuchsfeld einer Annäherung zwischen Islam und demokratischer Willensbildung aufsteigen.

Tammams Arbeit mag bei manchen Lesern die Phantasie beflügeln, dass die Erfahrungen eins zu eins vom Nil in den Gazastreifen übertragbar seien. Doch sie gehen aus mehreren Gründen fehl:

– Da sind die historischen Voraussetzungen und die Zielrichtungen anders gelagert;

– „Hamas“ entstand auch aus der Ablehnung der PLO und ihrer vermeintlich versöhnlerischen Entwicklung seit 1974 gegenüber Israel, und schließlich

– haben beide Bewegungen andere Gegner – hier die Regierenden in Kairo, dort in Jerusalem.

So bleibt auffällig, dass die Moslembruderschaft jenseits einer grundständigen Solidarität insgesamt keineswegs den Kampf von „Hamas“ gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde aktiv begleitet und an deren Charta aus dem Jahr 1988 keinen Anteil hat, die sich in den Artikeln 12, 15, 22 und 28 ausdrücklich gegen jegliche Existenz des Staates Israel wenden.

Reiner Bernstein

17. August 2010

---

[1] Michelle Dunne: A Post-Pharaonic Egypt?, in „The American Interest” IV(September/October 2008)1. Vgl. die Rezension des Essays in dieser Menüleiste.

[2] Vgl. meinen Reisebericht „Ägypten: Bemerkungen zur Innen- und Außenpolitik“ in der Menüleiste „Berichte aus nahost“ dieser Homepage.

[3] Dazu mein Essay „Aussitzen in Nahost? Eine Region zwischen Dynamik und Stagnation“, der in der September-Ausgabe 2010 in der „Jüdischen Zeitung“ (Berlin) erschienen ist.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-